

Pressemitteilung

29.07.2016

Nichts passiert, alles nur eine Nebelbombe?

Am 26.07.16 veröffentlichte die K+S Kali GmbH eine Pressemitteilung (PM) mit der Überschrift „Keine zeitnahe Investitionsentscheidung zu Siegfried-Giesen“, die Presse hat dies am 27.07.16 u.a. in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung (HiAZ), flankiert mit Stimmen aus der Politik, aufgegriffen.

Aber was steht nun eigentlich in der Pressemitteilung und wie ist dies aus Sicht der BI einzuordnen?

Der Zeitstrahl

Die K+S Kali GmbH hatte in ihrer Planung vorgesehen, dass der Betrieb des Bergwerkes Siegfried Giesen (SG) aufgenommen werden kann, wenn die Kalivorkommen in Wunstorf ausgebeutet sind. Dass hätte für die Mitarbeiter, die noch weiterhin für das Unternehmen tätig gewesen wären, einen reibungslosen Übergang bedeutet. Ein zeitlich sehr ambitioniertes Ziel, da es schon im Vorfeld des Erörterungstermins zu Verzögerungen gekommen ist.

Nach dem Erörterungstermin Ende 2015 ist das LBEG am Zuge, es prüft die Unterlagen und stellt die Genehmigungsfähigkeit fest. Zum aktuellen Stand des Verfahrens wird in der HiAZ vom 09.06.16 (Norbert Mierzowksy) der Umweltdezernent des Landkreises Hildesheim Helfried Basse so zitiert, dass es zu einer Neuauslegung der Planfeststellungsunterlagen „frühestens Ende 2016, wenn nicht sogar später“ kommt. Ein konkreter Termin kann erst genannt werden, wenn alle von K+S neu zu erstellenden bzw. zu aktualisierenden Unterlagen dem LBEG vorliegen. Nach einer Neuauslegung unter Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange ist dann ein weiterer Erörterungstermin anzuberaumen. In dessen Anschluss das LBEG die Unterlagen erneut prüfen wird und, sofern genehmigungsfähige Unterlagen vorliegen, einen Bescheid erstellt.

Der Markt

Ohne hier ins Detail gehen zu wollen, hat sich die Marktsituation geändert. Kartelle sind zerbrochen, eine Übernahme wurde abgewehrt, die Aktie hat an Wert verloren, die Erlöse der Kaliproduzenten sind weltweit gesunken.

Ansprechpartner: Ingo Fietz, Tel.: 05066 9012403, Email: BIGiesenSchacht@gmail.com

Textinformationen: (976 Worte, 6241 Zeichen)



BI GiesenSchacht e. V.

Kritische Punkte der Genehmigung

Es gibt weiterhin eine Vielzahl von kritischen Punkten die K+S bisher nicht ausgeräumt hat. Der Teufel steckt im Detail und da sind es deutlich mehr als hier darstellbar.

Zu dem im Jahre 2013 abgeschlossenen Raumordnungsverfahren (ROV) steht noch eine abschließende Untersuchung und Entscheidung des Petitionsausschusses des niedersächsischen Landtages aus, in der die Mängel des ROV aufgearbeitet werden müssen.

Wirtschaftsministers Lies macht in seiner Stellungnahme¹ deutlich, dass eine Wiederinbetriebnahme des Bergwerkes SG nach **modernsten Umwelt- und Technikmaßstäben** nach wie vor wünschenswert ist. Dieses gibt die Forderungen der BI wieder. Die BI hat im Erörterungstermin und im persönlichen Gespräch mit den Ministern Lies und Wenzel sehr deutlich gemacht, dass die vorgelegten Unterlagen dieses nicht widerspiegeln. Es gibt weiterhin deutlichen Nachbesserungsbedarf um die Anlage so zu errichten, dass auch die berechtigten Interessen der Anlieger berücksichtigt sind.

Nach bekannt werden der erneuten Auslegung der Planungsunterlagen hat sich der für die Einleitgenehmigung in die Innerste zuständige Ausschuss des Landkreises Hildesheim vertagt und eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Einleitgenehmigung unter Beteiligung von Verwaltung des Landkreises, der Politik, des BUND und der BI-GiesenSchacht in Aussicht gestellt. Die im Vorfeld vorgebrachten Einwände gegen eine Einleitung sind wohl so gravierend, dass eine rechtssichere Genehmigung des Betreibervorschlages unmöglich erscheint und weiterer Abstimmbedarf zwischen allen Interessengruppen notwendig ist.

In der PM 55/2016 des Umweltministers Wenzel fordert dieser: **„Eine abstoßungsfreie Kaliproduktion ohne Einleitung in Gewässer und ohne neue Halden muss der Stand der Technik werden.“**

Die Entscheidung

Bereits in den ersten Gesprächen (2014) zwischen K+S und der BI wurde von Seiten der K+S Kali GmbH immer deutlich gemacht, dass die endgültige Entscheidung zur Wiederaufnahme

¹ HiAZ v. 27.07.16



BI GiesenSchacht e. V.

des Bergbaus in Giesen erst fallen könne, wenn alle Fakten, die eine betriebswirtschaftliche Entscheidung ermöglichen, auf dem Tisch liegen. Dazu gehören die Genehmigung des LBEG, denn hier sind mögliche Auflagen zu entnehmen, die wiederum die Kosten beeinflussen, die Markteinschätzung und natürlich die wirtschaftliche Situation des Unternehmens K+S AG. Eine rechtssichere Genehmigung des LBEG liegt vor, wenn niemand in einer gesetzten Frist dessen Bescheid beklagt hat. Andernfalls verzögert sich das Verfahren weiter.

Und wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind, hat K+S fünf Jahre Zeit über eine Wiederinbetriebnahme aus rein wirtschaftlichen Erwägungen zu entscheiden. Ein konkreter Termin für die Wiederinbetriebnahme ist somit aus einer seriösen Quelle nicht zu erfahren.

Mit diesem kleinen Abriss über die Hintergründe stellt sich die Frage, was soll mit der PM gesagt bzw. erreicht werden?

Soll mit der immer wieder gebetsmühlenartigen Nennung der Arbeitsplätze Druck auf die Politik ausgeübt werden?

Oder soll die Pressemitteilung eine verdeckte Drohung sein, dass K+S den Betrieb nur aufnimmt, wenn alle Anwohner und die Gemeinde sich den Wünschen des Betreibers unterordnen?

Das Fazit

Die BI-GiesenSchacht denkt, dass wir Anwohner sehr selbstbewusst unsere Interessen vertreten können. Bürgermeister Lücke hat in seinem Wahlkampf deutlich gemacht, es wird in der Gemeinde auch ohne K+S als Wohngemeinde weitergehen. Investitionen werden auch ohne K+S möglich sein.

Nichts desto trotz könnten sich neue positive Entwicklungen für die Gemeinde ergeben, wenn der Betrieb wieder aufgenommen wird. Dies setzt aber voraus, dass der zukünftige Betreiber sich als „guter Nachbar“ präsentiert. **Jeder** hat seinen Müll ordnungsgemäß zu entsorgen und sich so rücksichtvoll zu verhalten, dass das Leben seiner Mitmenschen und Nachbarn nicht eingeschränkt wird. Dies ist unser Verständnis von moderner Industriepolitik.

Darüber hinaus nehmen wir wahr, dass viele politische Vertreter und zwar aus allen Parteien sich dem Thema angenommen haben und ebenfalls moderne Standards fordern.



BI GiesenSchacht e. V.

Langfristig betrachtet bietet eine moderne Industrieanlage sogar viele Vorteile hat. Gelingt es in Giesen weltweit führende Verfahren zu etablieren, die einen rückstandsfreien Bergbau erlauben, so schafft man **sichere Arbeitsplätze**. Eine solche Anlage würde weltweit zu den Modernsten gehören und hätte deutliche Wettbewerbsvorteile gegenüber dem „schmutzigen“ Kali-Bergbau.

Die BI-GiesenSchacht wird an dem Genehmigungsverfahren weiterhin aktiv teilnehmen und die Interessen vieler Bürger und des LBU, in dessen Vertretung wir als Träger öffentlicher Belange agieren, vertreten. Außerdem werden wir uns in regionalen und überregionalen Gremien für einen umweltfreundlichen und rückstandslosen Bergbau einsetzen.

Wir nehmen eine deutliche Zunahme der bundesweiten Aktivitäten von Forschungseinrichtungen, öffentlichen Vertretern, Organisationen und Bürgerinitiativen wahr, die das alleinige Postulat der Arbeitsplätze nicht mehr als das Gültige akzeptiere. Viel mehr steht weniger Umweltbelastung und Sicherung der Arbeitsplätze durch die Anwendung modernster Technik im Fokus. Ein zukünftiger Betreiber der Anlagen in Giesen sollte sich diesem Trend anschließen.